

Kommt jetzt der «balkanische Frühling»?

Die Auslöser für Proteste in Serbien, Albanien, Bosnien und Montenegro sind unterschiedlich, aber es gibt gemeinsame Gründe für die Unzufriedenheit

ANDREAS ERNST, NZZ 4.2.2019

Während in Belgrad am Samstag Tausende zum vierzehnten Mal in Folge das Ende des «Systems Vucic» forderten, war es in Montenegro die fünfte Kundgebung, die den Rücktritt von Präsident Milo Djukanovic verlangte. In Albanien hatten Studenten schon im Dezember zu protestieren begonnen, bevor jetzt die Oppositionsparteien das Ende von Edi Ramas Herrschaft mit einem Parlamentsboykott herbeizwingen wollen. In Bosnien-Herzegowina, in Banja Luka, dauern die Proteste gegen die Polizeiführung und die Regierung von Milorad Dodik schon fast ein volles Jahr.

Lokale Auslöser der Proteste

Manche Medien sehen einen «balkanischen Frühling» nahen: eine Volkserhebung, die zur Entmachtung der autoritären Regenten in der Region führen könnte. Das ist sicher überzogen, aber es lohnt sich, die Unterschiede und die Ähnlichkeiten der Proteste in den Blick zu nehmen. Fest steht, dass es sich nicht um eine regionale Bewegung handelt. Es gibt keine feste Koordination zwischen den Akteuren und zwischen den verschiedenen Standorten kaum Demonstrations-Tourismus. Der jeweilige Anlass des Protestes ist lokal geprägt und die ihm zugrunde liegende Frustration nur lokal erklärbar.

Die albanischen Studentenproteste wurden durch hohe Studiengebühren ausgelöst, nahmen aber schnell einen breiteren Fokus an und richteten sich gegen die Arroganz der Führungsriege um Rama. Dass die Opposition jetzt auf den fahrenden Zug aufspringt, ärgert viele Studenten.

In Banja Luka war der ungeklärte Tod eines Jugendlichen, David Dragicevics, der Auslöser für die Proteste. Es entstand eine Bewegung, die «Gerechtigkeit für David» fordert, den man als Opfer vertuschter Polizeigewalt betrachtet.

Mittlerweile geht es um mehr, nämlich um die Selbstherrlichkeit, mit der Milorad Dodik den Staatsapparat des serbischen Landesteils für sich und seine Gefolgschaft instrumentalisiert.

In Montenegro schliesslich brachte ein Video das Fass zum Überlaufen. Es zeigt einen Geschäftsmann, der 2016 dem ehemaligen Bürgermeister der Hauptstadt Podgorica ein Couvert mit 97 000 Euro überreicht. Die Demonstranten fordern den Rücktritt der «Diebe» und vor allem von Milo Djukanovic. Mit 30 Jahren an der Macht ist er europäischer Rekordhalter im Langzeitregieren.

Doch die Proteste haben viele Ähnlichkeiten, wenn man ihre Struktur betrachtet. Die Energie kommt nicht von den Oppositionsparteien, sondern aus der Gesellschaft, die sich in den Demonstrationen als «Bürgergesellschaft» zu erkennen beginnt. Das Feindbild, das die ideologisch heterogenen Bewegungen zusammenhält, sind die autoritären Führungsfiguren, die in den Ländern seit vielen Jahren die Politik dominieren. Ausser dem Wunsch, die verhassten «starken Männer» fortzujagen, verbindet die Protestierenden wenig.

Bewegungen ohne Anführer

Die Bewegungen bringen neue Figuren hervor, die ihren Einfluss ihrem Charisma und der aussergewöhnlichen Situation des Protestes verdanken. In Banja Luka ist das Davor Dragicevic, der Vater des toten David, in Serbien der bekannte Schauspieler Sergej Trifunovic, für den die Strasse zur Bühne geworden ist. Dass sie in der Lage sind, aus dem vielstimmigen Protest eine schlagkräftige Bewegung zu organisieren, ist so gut wie ausgeschlossen: Dragicevic und Trifunovic sind letztlich nur Symbolfiguren des Protests und nicht dessen Anführer. Es fehlt ihnen die ideologische Kreativität und die organisatorische Kompetenz – und vor allem: der Wille zur Macht. In allen Ländern misstrauen die Demonstranten den etablierten Oppositionsparteien. Viele bezweifeln, dass sie die bessere Alternative zum Status quo wären.

Der Nährboden der Frustration ist in all den Ländern sehr ähnlich. Er hat eine ökonomische und eine politische Komponente. Die Wirtschaft stagniert bei hohen Arbeitslosenzahlen, und Fachkräftewandern in grosser Zahl ab. Das politische System ist nominell demokratisch, es fehlen aber Kontrollmechanismen («checks and balances»), die eine liberale Demokratie ausmachen. Statt dessen ist alle Macht in der Exekutive konzentriert und wird durch die Autokraten Vucic, Rama, Djukanovic und Dodik verkörpert. Das Parlament nickt ab, und die Justiz traut sich keine Unabhängigkeit zu. Das Gros der Medien berichtet im Sinn der Regierung. Wahlen sind unter diesen Umständen bloss Plebiszite, in denen sich die Führer ihre Macht periodisch legitimieren lassen.

Die vier Länder, auch dies eine Gemeinsamkeit, sind alle Beitrittskandidaten der EU. Serbien und Montenegro führen bereits Beitrittsverhandlungen. Brüssel reagiert auf die Proteste ziemlich ratlos. Als die Sprecherin der Kommission letzte Woche gefragt wurde, ob sie einen «balkanischen Frühling» am Horizont erkenne, verneinte sie vehement. Die Proteste hätten «ganz unterschiedliche Charakteristiken», und man solle sie nicht miteinander vergleichen. Und wie immer, wenn es schlecht läuft auf dem westlichen Balkan, griff die Sprecherin zum EU-Mantra, dass die Region eine «klare europäische Perspektive» habe, wenn sie sich nur weiter reformiere.